



Bundesverband der Deutschen
Binnenschiffahrt e.V. (BDB)
Dammstraße 15-17, 47119 Duisburg
Verantwortlich:
RA Jens Schwanen, Geschäftsführer
Tel. (02 03) 8 00 06-60
Fax (02 03) 8 00 06-65
Internet: www.Binnenschiff.de
E-Mail: InfoBDB@Binnenschiff.de

22. August 2013

BDB-Präsident und Verdi-Vorstandsvorsitzender im Vier-Augen-Gespräch über WSV-Streik

Binnenschiffer starten Gegen-Demonstration in Minden

Über 50 Binnenschiffer aus Deutschland, Belgien und den Niederlanden haben heute in Minden eine Großkundgebung der Gewerkschaft Verdi dazu genutzt, Gewerkschaftsvertreter und streikende Mitarbeiter der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung auf die dramatischen Konsequenzen für das Binnenschiffahrtsgewerbe hinzuweisen, die aus den seit Anfang Juli 2013 andauernden Arbeitsniederlegungen der Schleusenwärter resultieren.

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Binnenschiffahrt e.V. (BDB), Georg Hötte, war ebenfalls in Minden vor Ort. In einem Vier-Augen-Gespräch erörterte Georg Hötte mit dem Verdi-Vorstandsvorsitzenden Frank Bsirkse die Streiksituation. Über den Inhalt des Gespräches wurde Stillschweigen verabredet. In seiner Rede hatte Verdi-Chef Bsirske zuvor erklärt, dass wegen der festgefahrenen Debatte über die Notwendigkeit eines Tarifvertrages im Hintergrund Gespräche zwischen der Gewerkschaft und Regierungsvertretern stattfinden. Vor Journalisten erklärte Bsirske, man sei dabei „auf einem guten Weg“.

Der BDB hat beide Tarifvertragsparteien in den vergangenen Wochen wiederholt aufgefordert, kompromissbereit zu sein und eine schnelle Lösung zur Beendigung dieses Konflikts zu finden. Leidtragende der permanenten Streiks der Schleusenwärter sind nämlich in erster Linie die Unternehmer in der Binnenschiffahrt, die seit Wochen Umsatzauffälle dadurch erleiden, dass Transportaufträge in der Güterschiffahrt und Passagierfahrten in der Fahrgastschiffahrt nicht oder nur noch unregelmäßig durchgeführt werden können. Zahlreiche Unternehmer haben deshalb mit Unterstützung des BDB in dieser Woche einstweilige Verfügungen beantragt, die eine Unterlassung von Streikmaßnahmen zum Gegenstand haben.